

01.06.2022

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 6558 vom 26. April 2022
der Abgeordneten Sigrid Beer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/17081

Hin und Her bei den Genehmigungen für Ersatzschulen - Warum verbreitet das Schulministerium unnötig Verunsicherung und blockiert Lösungen?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Seit Jahrzehnten war es bewährte Praxis, dass Lehrkräfte, die nach § 7 bzw. 9 ESchVO eine befristete Genehmigung für Regelschulen erhalten konnten, auch für Förderschulen diese befristete Genehmigung erhielten. In der befristeten Zeit absolvierten die Lehrkräfte dann die sonderpädagogische Zusatzqualifikation und konnten anschließend entfristet werden.

Seit der Novellierung der Ersatzschulverordnung verweigerten die Bezirksregierungen die Genehmigungen mit dem Hinweis, dass die Zusatzqualifikation schon vor der Genehmigung vorliegen muss. Diese Konsequenz wurde aber bei der seinerzeitigen Einbringung der Novellierung nicht dargelegt. Es widerspricht der Praxis und den Herausforderungen, geeignete Fachkräfte zu gewinnen. Es ist kein Grund erkennbar, warum hier die Schulverwaltung gezwungen wird, gegen die Ersatzschulen gerichtet zu handeln.

Auch in einem anderen Bereich werden Ersatzschulen widersprüchlich behandelt. Die Landesregierung hat mit dem Erlass vom 21.07.2020 weitergehende Möglichkeiten der sachgrundlos befristeten Beschäftigung nach § 14 Abs.2 TzBfG geschaffen. Mit Datum vom 18.08.2020 wurden die Bezirksregierungen darüber informiert, dass dies auch für Ersatzschulen gilt. Dies wurde zwischenzeitlich wieder geändert.

Bei den Ersatzschulen, den Kollegien, Eltern- und Schülerschaft stieß das Hin und Her zurecht auf Unverständnis und Ärger.

Nun musste die Landesregierung zurückrudern und alte Regelungen doch wieder in Kraft setzen.

Mit gleichem Schreiben wurde darauf verwiesen, dass mit der 2. Verordnung zur Änderung der Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung vom 02.07.2020 das Kontingent für den freiwillig zusätzlich erteilten Unterricht von drei auf sechs Stunden heraufgesetzt wurde. Diese Regelung war allerdings wiederum befristet.

Es stellt sich aber die Frage, warum alte Regelungen überhaupt aufgehoben wurden, warum die alte Regelung nicht wieder in Kraft gesetzt wurde, warum bei den Lehramtsstudierenden eine Befristung gilt und wie die Perspektiven sind.

Die Ministerin für Schule und Bildung hat die Kleine Anfrage 6558 mit Schreiben vom 1. Juni 2022 namens der Landesregierung beantwortet.

Vorbemerkung der Landesregierung

Aufgrund des verfassungsrechtlichen Gebots der Gleichwertigkeit können Lehrkräfte von einem Ersatzschulträger nur dann im Unterricht eingesetzt werden, wenn diese gleichwertig qualifiziert sind. § 102 Absatz 2 Schulgesetz NRW – SchulG – sieht diese Voraussetzung regelmäßig dann als erfüllt an, wenn eine fachliche, pädagogische und unterrichtliche Vor- und Ausbildung sowie die Ablegung von Prüfungen nachgewiesen werden, die der Vor- und Ausbildung und den Prüfungen der Lehrer an entsprechenden öffentlichen Schulen im Wert gleichkommen.

Für Personen, die diesen Nachweis nicht erbringen können, kann die wissenschaftliche und pädagogische Eignung für den Einsatz an einer Ersatzschule durch gleichwertige freie Leistungen im Rahmen des sogenannten Feststellungsverfahrens (§ 7 Verordnung über die Ersatzschulen – ESchVO) nachgewiesen werden. Unbeschadet des Feststellungsverfahrens ermöglicht § 9 ESchVO die Erteilung einer Unterrichtsgenehmigung für Lehrkräfte mit waldorfspezifischer Ausbildung.

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Änderung von § 9 Absatz 7 ESchVO und damit die Frage, ob Lehrpersonen an Waldorfschulen in Ausbildung eine Unterrichtsgenehmigung mit der Konsequenz erhalten können, dass sie zu refinanzieren wären, entgegen der Vorbemerkung der Fragestellerin von Beginn an Gegenstand der Novellierung der Ersatzschulverordnung (4. Änderungsverordnung zur Ersatzschulverordnung – 4. ÄVOzESchVO – nicht der Ersatzschulfinanzierungsverordnung) gewesen ist.

1. Aus welchem Grunde wurde die Ersatzschulfinanzierungsverordnung dahingehend novelliert, dass eine befristete Genehmigung für Lehrkräfte an Ersatzförder-schulen nur noch dann erteilt wird, wenn bereits eine Zusatzqualifikation vorliegt?

Die Rechtslage ist systematisch nachvollziehbar und konsistent. Der Regelungsgehalt wurde nun klarstellend in die Verordnung aufgenommen, hatte aber aufgrund des Gleichwertigkeitsgebots bereits zuvor Gültigkeit. Das Gleichwertigkeitsgebot dient dem Schutz der Schülerinnen und Schüler vor unzureichenden Bildungseinrichtungen und der Qualitätssicherung. Bei Personen, die sich noch in der Ausbildung befinden, ist die Feststellung der Gleichwertigkeit und damit die Erteilung einer unbefristeten Unterrichtsgenehmigung grundsätzlich (noch) nicht möglich.

Es kommt lediglich für den Erwerb der nach näherer Maßgabe der §§ 7 und 9 ESchVO notwendigen Unterrichtspraxis gemäß § 6 Absatz 1 Nr. 1 ESchVO eine befristete Unterrichtsgenehmigung in Betracht.

2. *Warum wurden die Regelungen hinsichtlich der weitergehenden Möglichkeiten der sachgrundlos befristeten Beschäftigung an Ersatzschulen aufgehoben?*

3. *Warum wurden diese Neuregelungen wieder revidiert?*

Die Fragen 2 und 3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Zuge des Vierten Maßnahmenpakets wurden im öffentlichen Schulbereich u.a. weitergehende Möglichkeiten für die befristete Beschäftigung von Lehrkräften geschaffen. Diese Maßnahme war zunächst bis zum Ablauf des Schuljahres 2021/22 befristet und auf den Ersatzschulbereich befristet bis zum 31. Juli 2022 übertragen worden.

Mit Erlass vom 22. März 2022 wurden im öffentlichen Schulbereich 400 Stellen auch für das Schuljahr 2022/23 für sachgrundlos befristete Beschäftigungen zur Abmilderung der Folgen der Corona-Krise zur Verfügung gestellt. Unter den im Runderlass vom 18. August 2020 genannten Bedingungen wurde diese Maßnahme mit Runderlass vom 29. März 2022 für die Dauer des Schuljahres 2022/23 auch für den Ersatzschulbereich verlängert.

Eine Änderung dieser Rechtslage – etwa im Sinne einer Rücknahme der Übertragung der Maßnahme des öffentlichen Schulbereichs auf den Bereich der Ersatzschulen – ist nicht erfolgt.

4. *Welche verlässliche Perspektiven und Instrumente haben die Ersatzschulen angesichts der wachsenden Personalprobleme in den kommenden Jahren, um Personal zu gewinnen und begleitend zusätzlich zu qualifizieren?*

Ersatzschulen verfügen über alle Möglichkeiten zur Gewinnung von Personal, wie sie auch im öffentlichen Schulbereich bestehen.

Darüber hinaus kann gemäß § 102 Absatz 2 SchulG auf den Nachweis der Vor- und Ausbildung und der Prüfung verzichtet werden, wenn die wissenschaftliche und pädagogische Eignung der Lehrkraft durch gleichwertige freie Leistungen im Rahmen des Feststellungsverfahrens nach § 7 ESchVO nachgewiesen wird. Das Feststellungsverfahren dient dem Nachweis einer der staatlichen Lehrerbildung gleichwertigen Qualifikation bei Personen, die eine anderweitige Aus- und Vorbildung durchlaufen haben. Maßgeblich ist dabei das unverzichtbare Maß an Standards und Kompetenzen, die für den Zugang zum öffentlichen Schuldienst vorausgesetzt werden. Durch das Feststellungsverfahren wird dem Recht der Ersatzschulträger auf eine besondere religiöse, weltanschauliche und pädagogische Prägung ihrer Schulen Rechnung getragen.

Maßstab für die Frage der Gleichwertigkeit sind stets das öffentliche Schulwesen und die dafür vorgesehene Lehrerbildung und nicht das besondere Anforderungsprofil der jeweiligen Ersatzschule. Unbeschadet dieser Grundsätze ermöglicht § 9 ESchVO darüber hinaus Freien Waldorfschulen den Einsatz von Lehrkräften mit einer waldorfspezifischen Ausbildung.

5. *Warum gilt die Heraufsetzung der freiwillig zusätzlich erteilten Unterrichtsstunden nur befristet angesichts einer weiter bestehenden Mangelsituation?*

§ 11 Abs. 8 Satz 1 der Ordnung des Vorbereitungsdienstes und der Staatsprüfung für Lehrämter an Schulen (OVP) regelt, dass Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern (LAA) über die Ausbildung hinausgehender selbstständiger zusätzlicher Unterricht mit ihrer

Zustimmung bis zum erfolgreichen Ablegen der Unterrichtspraktischen Prüfungen nur im Umfang von bis zu drei Wochenstunden übertragen werden kann. Nach § 11 Abs. 8 Satz 2 OVP kann der in Satz 1 genannte Umfang des selbständigen zusätzlichen Unterrichts bis zum 31. Dezember 2022 ebenfalls mit Zustimmung der Lehramtsanwärterin oder des Lehramtsanwärters auf bis zu sechs Wochenstunden erhöht werden. Es ist demnach also auch nach dem 31. Dezember 2022 möglich, dass LAA unter den o.g. Voraussetzungen Mehrarbeit leisten. Die zeitliche Befristung gilt nur für die Anzahl der Stunden. Über eine mögliche Verlängerung der bis zum Jahresende geltenden Regelung (Erhöhung der Stundenzahl) ist unter Abwägung aller Umstände gegebenenfalls erneut zu entscheiden. Die Landesregierung gibt somit vielen LAA die Möglichkeit, sich mit einem freiwilligen zusätzlichen Einsatz für die rasche Integration der unter größten Belastungen geflüchteten ukrainischen Kinder und Jugendlichen zu engagieren und diesen ein Ankommen im deutschen Schulsystem zu ermöglichen.